

Aus dem Referat auf der Parteiaktivtagung

(Fortsetzung von Seite 3)
die Möglichkeiten für die wissenschaftliche Arbeit und die Verbindung mit der Produktion umgenügend gesehen werden. Aber gerade das Kombinat „Otto Grotewohl“ in Böhlen in seiner Größe und mit der Vielfalt seiner Produktionszweige bietet für die Universität mannigfaltige Möglichkeiten, die bis zu einer Verschmelzung einzelner Institute mit der Problematik des Kombinats und andererseits zu einer stärkeren

Nutzung der wissenschaftlichen Kapazität des Kombinats für die Aufgaben an der Universität führen müssen. Darüber sollte in der Plandiskussion gesprochen werden.
In der Hauptsache geht es darum, daß der Mehrzahl der Wissenschaftler die vielseitige Problematik, die in Böhlen vorhanden ist, noch gar nicht bekannt ist, worin ein generelles Problem bei der Entwicklung der Verbindung zur Praxis besteht. Deshalb müssen alle Möglichkeiten zu

einem tieferen Eindringen in diese Problematik, zu einem wirklichen Kennenlernen der Produktion genutzt werden.

Es wird zu einer Bereicherung unserer Parteiarbeit und zur exakten Erfüllung der Festlegungen führen, wenn wir das Arbeitsabkommen mit dem VEB Kombinat „Otto Grotewohl“ Böhlen und der Karl-Marx-Universität zum Arbeitsplan der Parteioffensive machen.

Probleme der staatlichen Leitung im Zusammenhang mit der Plandiskussion

Bereits die bisherige Durchführung der Plandiskussion war von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Führung durch die Universitätsleitung, die Leitungen der Fakultäten, Fachrichtungen, Institute und Kliniken. Sie verbesserten in verschiedener Hinsicht ihre Arbeit. Gleichzeitig wurde auch deutlich, wo die Schwächen liegen, und neue Probleme traten in Erscheinung.

Die Direktive des Genossen Rektor, in der nach gründlicher Beratung im Kollegium die Probleme des Volkswirtschaftsplanes 1963 und die Plandirektive des Staatssekretariats auf die Universität konkretisiert wurden, war von großem Wert für die Führung der Plandiskussion. Damit war vom ersten Tage an auch auf staatlicher Ebene eine klare Orientierung gegeben. Die Wirksamkeit dieser Direktive wurde unterstützt durch ihre Erläuterung in der Vollversammlung der Vertrauensleute der Gewerkschaft und in einer Arbeitsbesprechung des Rektors mit den Dekanen und Fachrichtungsleitern. Es bewährte sich auch, daß nach einem Beschluß des Kollegiums, Rektor und Prorektoren in den Fakultätsräten auftraten und die Direktive erläuterten.

Die Plandiskussion ist ein Schritt zur weiteren Durchsetzung der sozialistischen Demokratie und sozialistischer Leitungsmethoden an unserer Universität. Die breitere Einbeziehung aller Mitarbeiter in die Planung der Arbeit und das damit verbundene Wecken ihrer Initiative führte zur Erhöhung ihres Verantwortungsbewußtseins und half große Reserven zu erschließen. Leider müssen wir feststellen, daß wir noch nicht in allen Einrichtungen die notwendige Breite in der Diskussion erreicht haben und die Diskussion sich vielfach noch auf die Fakultätsräte und Institutsleitungen auf Besprechungen zwischen Direktor und Oberassistenten bzw. Oberärzten beschränkt. Manche Institute und Klinikdirektoren haben noch nicht erkannt, daß die richtige Durchführung der Plandiskussion und die Einbeziehung aller Mitarbeiter zur Festigung der Einrichtung und zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit führt. Hieran zeigen sich vor allem Mängel in der Leitungstätigkeit auf der untersten Ebene, in den Instituten und Kliniken. Es werden aber zugleich Mängel in der Führung der Plandiskussion durch die Universitätsleitung sichtbar, die sich nach unserer Meinung auf deren gesamte Arbeit erstrecken und in der Plandiskussion nun besonders deutlich hervortreten.

Nach der guten Anleitung durch die Universitätsleitung und unterschiedlichen, im wesentlichen aber recht guten Beratungen in den Fakultätsräten riß die Diskussion vielfach ab und blieb in den Instituten und Kliniken, wo sie jetzt weitergeführt werden mußte, dem Selbstlauf überlassen. Dadurch war das Niveau der Plandiskussion bei der ersten Zusammenfassung am 29. September sehr unterschiedlich und beschränkte sich im wesentlichen auf die materiellen Kennziffern.

Wir haben erreicht, daß im Senat und im Kollegium, in den Fakultäts- und Fachrichtungsräten in stärkerem Maße die Fra-

gen der Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeit auf der Tagesordnung stehen. Aber diese inhaltlich oft recht guten Beratungen bleiben in der Mehrzahl der Fälle ohne Ergebnis, weil keine exakten Beschlüsse mit klarer Verantwortlichkeit gefaßt werden, deren Erfüllung dann zielstrebig organisiert werden kann. In den Fällen, wo es solche Beschlüsse gibt, wird die Erfüllung oft nicht organisiert und kontrolliert.

Um die Ausarbeitung des Planentwurfes bis Mitte November zu einem gewissen Abschluß zu bringen, wie das vom Senat festgelegt ist — wobei wir uns natürlich klar sein müssen, daß die Überarbeitung der Planentwürfe bis zur Bestätigung des endgültigen Planes Anfang nächsten Jahres weitergehen muß — liegt jetzt der entscheidende Ansatzpunkt in einer zielstrebigeren Führung der Plandiskussion durch die Leitungen der Universität, der Fakultäten und die Institutsdirektoren. Die vielen Vorschläge und Gedanken müssen ausdiskutiert, eine klare Aufgabenstellung fixiert und die Wege zu ihrer Lösung festgelegt werden. Dazu gehört auch, daß in den Instituten und Kliniken der Planvorschlag für 1963 zu Papier gebracht wird. Es geht bei der Plandiskussion nicht um eine unverbindliche Erörterung der eventuell möglichen Arbeiten, sondern um die exakte Festlegung von Zielen und Wegen zu ihrer Lösung, die zu einer Leistungssteigerung führen.

Die Plandiskussion hat die Rolle der Fakultäten, der Dekane und Fakultätsräte gehoben. Es wurde in größerem Maße Klarheit über die Verantwortung der Fakultäten für die Schwerpunkte, die Koordination und Konzentration der Forschung wie über die Ergebnisse und ihre Einführung in die Praxis erzielt. Es ist aber notwendig, daß auch die Dekane bei ihrer Tätigkeit richtig von den Beschlüssen der Partei ausgehen und konsequent die Hauptfragen der wissenschaftlichen Arbeit, die Erreichung des Weltniveaus in der Forschungsarbeit, die Hilfe für die Praxis und die Veränderung des Inhalts der Ausbildung zur Diskussion zu stellen.

In der Plandiskussion wurde weiterhin sichtbar, daß die Bedeutung der Fachrichtungsräte an der Philosophischen und an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät zunimmt. Durch sie ist in diesen großen und in ihrer Zusammensetzung sehr heterogenen Fakultäten die Voraussetzung für eine „traffere“ Führung der einzelnen Fachrichtungen gegeben.
Mit der Erhöhung der Verantwortlichkeit der Universitäts-, Fakultäts- und Fachrichtungsleitungen der Institute und Klinikdirektoren befinden wir uns in Übereinstimmung mit dem 17. Plenum, das dieser Seite große Aufmerksamkeit geschenkt hat. Der Leiter der Einrichtung ist verantwortlich für ihre Leistungsfähigkeit, für die Erreichung des Höchststandes der Wissenschaft und der Arbeitsproduktivität in seinem Bereich.

Die UPL hat Festlegungen getroffen, daß diese Probleme ausgearbeitet werden, die wir zu gegebener Zeit zur Diskussion stellen. Wir fordern alle Genossen und Kollegen auf, uns dazu schon jetzt ihre Anregungen zu übermitteln.

Um ein höheres Niveau der Parteiarbeit

Davon ausgehend, daß der auf dem 17. Plenum vorgelegte Entwurf eines neuen Parteistatuts dem neuen Entwicklungsstadium entspricht sowie zur Erhöhung der Bewußtheit und Aktivität der Parteimitglieder und zur Erhöhung der Qualität der Führungsarbeit beiträgt, führte Genosse Böhme im letzten Abschnitt seines Referats unter anderem aus:

„Immer größere Aufgaben stellt der umfassende Aufbau des Sozialismus, immer höhere Qualität wird gebraucht, und die führende Rolle der Partei wächst, sie muß ihre Tätigkeit auf höherem Niveau durchführen. Deshalb hat die Festigung der Kampfkraft unserer Parteioffensive, die Erhöhung ihrer Geschlossenheit wachsende Bedeutung.“

Er konnte berichten: „Unsere Parteioffensive konnte ihre Verbindung zu allen Universitätsangehörigen, insbesondere auch zu den Wissenschaftlern, festigen. Ein enges und kameradschaftliches Verhältnis ist entstanden, und in verantwortungsvoller Zusammenarbeit werden die Aufgaben gelöst. Die Beschlüsse der Partei finden die Zustimmung der Universitätsangehörigen und werden immer mehr als Hilfe und Orientierung aufgefaßt. Dieses gesunde Verhältnis ermöglichte es der Parteioffensive, ihrer führenden Rolle gerecht zu werden. Wir haben bereits zahlreiche Genossen“, führte Genosse Böhme weiter aus, „die der Forderung des Parteistatuts, Bahnbrecher des Neuen zu sein“, entsprechen die gesellschaftlichen Interessen über persönliche Stellen und unabhängig für die Festigung unseres Staates durch gute fachliche Leistungen und ständige massenpolitische Arbeit wirken.“

Gleichzeitig forderte er aber, die Diskussion über den Entwurf des Parteistatuts mit der Auseinandersetzung mit passiven und zurückbleibenden Parteimitgliedern zu verbinden. Er verwies darauf, daß an einigen Kliniken, aber auch in anderen Bereichen vor allem sektiererische Tendenzen einiger Genossen die Arbeit der Partei hemmen.

Im Zusammenhang mit der Verwirklichung der innerparteilichen Demokratie im Entwurf des neuen Statuts führte

Genosse Böhme zur Qualität der Mitgliederansammlungen unter anderem aus:

„Jeder Genosse hat das Recht, in der Mitgliederansammlung offen seine Meinung zur Politik zu äußern, Fragen zu stellen und seine Unklarheiten zu klären. Wo sollte er es auch sonst tun? Wenn dann der Beschluß gefaßt wird, ist er verpflichtet, ihn durchzuführen.“

Es ist für die Hebung der Kampfkraft der Parteioffensive unzulässig, wenn in der Partei Kritik nicht zugelassen oder unterdrückt wird. Wir mußten uns in letzter Zeit mehrfach damit befassen, daß leitende Genossen Wissenschaftler sich zu kritischen Bemerkungen von Genossen Assistenten wie Studenten innerhalb der Parteiversammlungen, ich betone in n e r, halb der Partei, unparteilich verhalten.“

Der Referent konnte feststellen: „In der Plandiskussion zeigte sich, daß die Qualität der Führungsarbeit einer ganzen Anzahl von Grundorganisationen zunimmt und sie stärker in die Problematik der Arbeit an ihren Instituten eindringen. Dabei bewährte sich, daß die Leitungen mit den führenden Wissenschaftlern berieten, sich über den Stand der Arbeit berichten ließen und die Genossen Professoren über die Parteigruppen der Räte der Fakultäten stärker heranzogen.“

Er kritisierte aber, daß es noch Erscheinungen gibt, daß einige Parteileitungen, vor allem der Kliniken, vor der konkrreten Führung der wissenschaftlichen Arbeit ausweichen, und nannte als Hauptursache dafür die Scheu vor prinzipiellen Auftritten und politischer Auseinandersetzung.

Zum Schluß forderte Genosse Böhme dazu auf, statt allgemeiner Agitation und Propaganda über den Sozialismus die Darlegung der Gesetzmäßigkeiten mit der Organisation der konkreten Arbeit zu verbinden.

Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Universitätsangehörigen im Wettbewerb zur Vorbereitung des VI. Parteitag, die es mit der Weiterführung der Plandiskussion zu verbinden gelte, vorbildliche Leistungen vollbringen werden, damit die Karl-Marx-Universität in Ehren vor dem Forum der Partei bestehen kann.

Die Veränderung der Ausbildung und Erziehung der Studenten

Ausbildungsziele und Studienpläne müssen entsprechend der fortschreitenden Entwicklung der Volkswirtschaft, der Wissenschaft und der gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt ständig überprüft und auf den neuesten Stand gebracht werden, damit die Universität wirklich fähige und brauchbare Kader für die Praxis ausbildet.

In den letzten Monaten ist in fast allen Fachrichtungen eine Diskussion über die Veränderung der Ausbildung in Gang gekommen, an die Lehrkörper und Assistenzschaft mit großer Bereitschaft und Aufgeschlossenheit herangingen.

Genosse Walter Ulbricht formulierte die Anforderung an die Ausbildung der Studenten an der Universität auf dem 17. Plenum folgendermaßen:

„Unsere Universitäten, Hoch- und Fachschulen müssen Menschen ausbilden, die in den nächsten Jahrzehnten an verantwortlicher Stelle die großen Aufgaben auf allen Gebieten der gesellschaftlichen Entwicklung zu lösen in der Lage sind, die den wissenschaftlichen Höchststand und die technische Entwicklung auf ihrem Fachgebiet nicht nur kennen, sondern mitbestimmen und die praktischen Aufgaben meistern sollen.“

Wir können nur zu einer richtigen Veränderung des Studiums kommen, wenn wir davon ausgehen, daß die Ausbildung an der Universität von den Erfordernissen der Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft, unserer sozialistischen Schul- und Gesundheitswesen usw. bestimmt sein muß. Deshalb muß die Veränderung der Studienpläne beginnen mit der Klärung des Ziels der Ausbildung und der Herstellung enger Verbindung der Wissenschaftler zur Praxis.

So wurde an der Landwirtschaftlichen Fakultät die Diskussion um die Veränderung der Ausbildung der Studenten zu einer erfolgreichen Lösung geführt. Als Ziel der Ausbildung wurde formuliert, daß die Absolventen der Landwirtschaftlichen Fakultät in der Lage sein müssen, Teilgebiete der landwirtschaftlichen Produktion im Sinne der Politik von Partei und Regierung selbstständig zu leiten und die Menschen zur Erfüllung der Planaufgaben zu mobilisieren. Das ist die erste und wichtigste Erfahrung bei der Erarbeitung des neuen Studienplanes der Landwirtschaftlichen Fakultät, der fertig vorliegt und seit Anfang dieser Woche verwirklicht wird.

Zweitens haben die Landwirte die Hilfe und die Kritik der Praktiker, die selbst nach ihrem Studium als LPG-Vorsitzende, Agrarinnen und in anderen Funktionen gespielt haben, was in ihrer Ausbildung gut und was ungenügend war, und der leitenden Kader, die die Fähigkeiten und Schwächen unserer Absolventen aus genauer Kenntnis einschätzen können und die überblicken, welche Anforderungen die weitere Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft an die Diplolandwirte stellt, gesucht.

Drittens haben die Angehörigen der Landwirtschaftlichen Fakultät sehr gründlich die Ausbildung in der Sowjetunion, dem fortgeschrittensten Land des sozialistischen Lagers und der ganzen Welt, dem auch auf dem Gebiet der Wissenschaft und des Hochschulwesens führenden Land, studiert und Schlußfolgerungen für unsere konkreten Verhältnisse gezogen.

Und als viertes haben es die Leitungen an der Fakultät verstanden, die große Mehrheit, so man kann fast sagen, alle Wissenschaftler, in die Diskussion einzubeziehen und einen breiten Streit der Meinungen zu entwickeln. Die verschiedenen Ansichten, die oft weit auseinandergingen, wurden durch die beharrliche Klärung der politisch-ideologischen und ökonomischen Zusammenhänge zu einem Ergebnis geführt, das einen entscheidenden Fortschritt darstellt.

Auf diese Weise kam die Landwirtschaftliche Fakultät zur erfolgreichen Lösung des Problems, und auf diesem Wege werden auch die anderen Fachrichtungen vorankommen.

Auf der Funktionsberatung in Dahlem mußten wir kritisch feststellen, daß an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ein ernstes Zurückbleiben in bezug auf die Veränderung der Ausbildung zu verzeichnen war. Inzwischen zeichnen sich Fortschritte bei den Chemikern ab.

In der Fachrichtung Chemie mußte erst einmal in der Parteioffensive, beginnend bei der Parteileitung und beim Parteisekretär, geklärt werden, daß überhaupt eine Veränderung des Studiums notwendig ist. Es herrschte die Auffassung vor, die auch heute noch einige Genossen Wissenschaftler vertreten, daß die Ausbildung unserer Diplomchemiker gut sei, sich bewährt habe und auch in der Praxis anerkannt sei. Diese Selbstzufriedenheit hinderte daran, zu erkennen, daß es gar nicht darum geht, ob die jetzige Ausbildung gut oder schlecht ist, sondern daß vielmehr die Frage steht, ob die Richtung der jetzigen Ausbildung richtig ist. Es steht die Frage, ob unsere Diplomchemiker in der Forschung, in der Entwicklung, in den Labors eingesetzt werden, oder ob wir sie als Leiter von Teilgebieten der Produktion, wie

das die Landwirte formuliert haben, ausbilden müssen oder welche andere Fragestellung unter enger Verbindung zur Praxis zu verstehen ist und wo Diplomchemiker zur Erreichung der vom 17. Plenum gestellten Aufgaben für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft gebraucht werden.

So kompliziert dieses Problem auch sein mag und so berechtigt die Forderung an die Plankommission und das Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen ist, so sehr sind wir verpflichtet, an dieser Klärung mitzuarbeiten, die ohne den Rat und die Erfahrung der Wissenschaftler nicht erfolgen kann. Deshalb müssen die Chemiker auf dem eingeschlagenen Weg, sich mit Absolventen, die in Betrieben tätig sind, und leitenden Wirtschaftsfunktionären zu beraten, zügig voranschreiten.

Es gilt dabei überhaupt zu klären, auf welche Weise und für welche Aufgaben Chemiker — auch Physiker und Mathematiker — in der auf wissenschaftlich-technischem Höchststand stehenden bzw. im erstrebenden Industrie eingesetzt werden können und müssen. Dazu sollten auch gründlich die Erfahrungen des Kombinats Böhlen mit den dort eingesetzten Absolventen der Physik unserer Universität ausgewertet werden.

Ohne die Klärung der aufgeworfenen Grundfragen können wir auch nicht weiter bei der Verwirklichung der bisher erzielten Vorstellungen, denn sonst bleibt die Diskussion stecken in der Einführung neuer zusätzlicher Ausbildungsrichtungen und es kommt nur ein Streit um Stunden und eine Überlastung der Studienpläne und der Studenten heraus.

Es gibt schon eine Reihe guter Vorschläge zur Veränderung des Studiums bei den Chemikern, die sehr einleuchtend sind und sicher eine Verbesserung bedeuten werden. Diese Vorschläge, die sich übrigens im wesentlichen auch mit Vorstellungen am Physikalischen Institut decken, können in folgenden drei Punkten zusammengefaßt werden:

1. Es wird eine gründlichere Ausbildung in der Mathematik und in den theoretischen Grundlagen verlangt.
2. Eine Erweiterung der Kenntnisse der Absolventen in Technologie und die Einführung in Probleme der Technik wird für notwendig erachtet.
3. Für sehr wichtig halten wir ebenfalls die von vielen Wissenschaftlern geforderte Verbesserung der Ausbildung der Studenten in den Naturwissenschaften und auf dem Gebiet der Ökonomie.

Man muß jetzt die ganze Praxisverbindung der Ausbildung und in diesem Zusammenhang den Inhalt der Berufspraktika vorrangig klären.

In den Gesellschaftswissenschaften sind offensichtlich die Historiker in der Diskussion um die Ausbildung bisher am weitesten vorangekommen.

Bei den Historikern gibt es Klarheit über das Ziel der Ausbildung. Sie haben die Trennung zwischen Diplomanden und Lehrern an den Hochschulen und streben eine einheitliche Ausbildung von Geschichtslehrern an. Damit steht also zugleich die Frage der Verbesserung der Lehrerausbildung. Leider diskutieren die Historiker zur Zeit allein, ohne Verbindung zu den Pädagogen, die überhaupt bisher in der Plandiskussion eine Aktivität zur Verbesserung des Lehrstudiums in der Universitätsöffentlichkeit vermissen lassen.

Eine große Rolle spielt in den Beratungen der Historiker die Frage, wie eine gute und breite Grundlagenausbildung gesichert wird und die Studenten zum selbstständigen Durchdenken der Probleme erzo-gen werden können. Eine enge Spezialisierung während des Studiums wird abgelehnt. Diese Orientierung ist richtig.

Ausgehend von den Beschlüssen des 16. Plenums des Zentralkomitees und der Einschätzung des Standes in der Geschichtswissenschaft wurde an den Historischen Instituten festgelegt, in den Vordergrund der Ausbildung der künftigen Geschichtslehrer die gründliche Vermittlung der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Politik der Partei zu stellen. Dabei werden neben der Übernahme der Philosophieausbildung durch das Institut für Philosophie auch Wissenschaftler der Fachrichtung Geschichte Lehrveranstaltungen zu speziellen Problemen des historischen Materialismus übernehmen.

Die Erweiterung der marxistisch-leninistischen Grundausbildung ist in allen Gesellschaftswissenschaften erforderlich.

Für besonders wertvoll halten wir die Vorstellungen der Historiker, in stärkerem Maße Problemstellungen zu halten, für die das Selbststudium der vorhandenen Lehrbücher zugrunde gelegt wird, und die breitere Durchführung von Seminaren, um die Studenten zur selbstständigen Arbeit zu befähigen.

Zweifelloos ist mit diesen Vorschlägen die Ausbildung der künftigen Geschichtslehrer noch nicht endgültig gelöst, und es bedarf noch weiterer Überlegungen. Dabei sollten auch die anderen Gesellschaftswissenschaftler miteinbezogen werden.

Wenn wir hier über die Ausbildung der Geschichtslehrer gesprochen haben, so können wir an einem anderen Problem der Lehrerausbildung nicht vorübergehen. Und

zwar handelt es sich um die Ausbildung der Mathematiklehrer. Immer wieder wird von unseren Wissenschaftlern darauf hingewiesen, daß der Stand der Kenntnisse in Mathematik bei den Absolventen unserer Oberstufe ungenügend ist. Die Lehrer, die diese Schüler unterrichten, werden aber bei uns an der Universität ausgebildet. Deshalb sollte es ein vorrangiges Anliegen unserer Universität sein, die Qualität der künftigen Mathematiklehrer zu erhöhen. Dieses Problem bedarf in den nächsten Wochen einer stärkeren Beachtung.

Sowohl an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät als auch in den Gesellschaftswissenschaften wurde die Frage aufgeworfen, wie die Studenten ausgebildet werden sollen, die besonders für die wissenschaftliche Tätigkeit geeignet sind und später einmal in den wissenschaftlichen Nachwuchs aufgenommen werden sollen. Wir halten es für notwendig, daß bereits während des Studiums besonders befähigte Studenten in stärkerem Maße zur wissenschaftlichen Arbeit herangezogen werden. Die Durchführung von wissenschaftlichen Studentenzirkeln, die Einweisung von Oberassistenten, an denen die Befähigten teilnehmen, und viele andere Möglichkeiten sollten genutzt werden, um „den besten Pferden mehr Futter“ zu geben, sie anzuspornen, höhere Leistungen zu erzielen. Das erfordert aber eine gute Übersicht der Lehrkräfte über die Entwicklung der Studenten und individuelle Maßnahmen zu ihrer Förderung. In der Regel sollten die Absolventen nach ihrem Studium in die Praxis gehen, von den Instituten weiter betreut werden und nach der Bewährung in der Praxis in den wissenschaftlichen Nachwuchs aufgenommen werden.

Genosse Ulbricht hat auf dem 17. Plenum angeregt, zu einer planmäßigen Weiterbildung der wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräfte überzugehen. Das soll sich zu einer festen Aufgabe der wichtigsten Lehr- und Forschungsinstitute entwickeln. Diese Frage hat auch in der bisherigen Plandiskussion an unserer Universität bereits eine Rolle gespielt, und es sollten die Erfahrungen, die bisher bei der Durchführung von Absolventenreisen, Ferienlehrgängen und anderen Weiterbildungsveranstaltungen gesammelt wurden, bei der Festlegung der Aufgaben für 1963 berücksichtigt werden, um ein festes System der Weiterbildungsmöglichkeiten an unserer Universität zu schaffen.

Viele Fragen in der Veränderung der Ausbildung sind im Rahmen der Plandiskussion bisher aufgeworfen worden. Aber wir haben keinen Grund, uns zufriedenzugeben, sondern müssen diese Probleme in Vorbereitung des Parteitages als eine unserer Hauptaufgaben sehen. Es kommt darauf an, gründlich zu diskutieren und nicht überstürzt Veränderungen einzuführen. Allerdings müssen wir im Verlaufe des Studienjahres Klarheit erzielen, damit die Ausbildung im nächsten Studienjahr nach neuen Ausbildungsplänen beginnen kann.

Bisher verlief die Plandiskussion an der Universität ohne die Studenten. Deshalb halten wir es jetzt für wichtig, daß die Studenten zu Wort kommen und ihre Vorstellungen zur Verbesserung ihres Studiums darlegen. Auf diese Weise sollte sich eine breite Bewegung des besseren Studierens entwickeln.

Die Freie Deutsche Jugend müßte davon ausgehen, in ihren Gruppen die Diskussion über die Ergebnisse des abgelaufenen Studienjahres zu führen und bei den Studenten das Verständnis für den politischen Inhalt ihres Studiums zu vertiefen. Wir können noch keineswegs davon sprechen, daß schon alle Studenten ihre ganze Kraft einsetzen um höchste Studienergebnisse zu erzielen. Die Zwischen- und Abschlußprüfungen vom Juli lassen vielmehr den Schluß zu, daß es noch verbreitet Studienbummel gibt. Die FDJ muß den Studenten auch helfen, eine hohe Studienmoral zu erreichen, die zum Selbststudium zur Verfügung stehende Zeit besser zu nutzen.

Darüber hinaus sollten die Studenten aber auch ihre Vorschläge und kritischen Hinweise unterbreiten, die sie zur Veränderung der Vorlesungen und Seminare haben.

Die FDJ sollte sich besonders darauf konzentrieren, bei der Herstellung enger Verbindungen der Studenten zur Praxis zu helfen. Die Tätigkeit der Studenten in der Praxis sollte sich in konkreten Veränderungen in bestimmten Bereichen und anschließender Verarbeitung der Erfahrungen in wissenschaftlichen Arbeiten (Gemeinschaftsarbeiten) niederschlagen, die an der Universität ausgewertet und deren beste ausgezeichnet werden sollten. Damit sind wir beim Problem des Studentenwettstreits. Freie Deutsche Jugend und Lehrkörper sollten diesen Studentenwettstreit als Hebel zur Entwicklung eines breiten Wettbewerbs unter den Studenten benutzen.

Wir sind der Auffassung, daß sich die Rolle der FDJ als Organisation der Studenten erhöhen wird, wenn sie diese Fragen in richtiger Verbindung mit der Diskussion der aktuellen politischen Probleme und dem gründlichen Studium des Marxismus-Leninismus in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt.